



Demonstrieren – und was dann? Müssen wir uns auf eine Machtübernahme durch die AfD vorbereiten?

Foto links: Demo am
15.1.2022 in Hamburg.
© Rasande Tyskar,
CC BY-NC 2.0 DEED

Foto rechts: Hamburg
12.10.2019 Demonstration
gegen rechten Terror und
Antisemitismus nach den
Morden in Halle.
© Rasande Tyskar,
CC BY-NC 2.0 DEED

Der Bericht des Recherchenetzwerks correctiv über ein Treffen Rechtsextremer im November vergangenen Jahres, auf dem diese die Massendeportation von Menschen mit internationaler Familiengeschichte diskutierten, brachte das Fass vorläufig zum Überlaufen. Seitdem gehen jedes Wochenende Zehntausende auf die Straße. Aber eines ist leider auch schon deutlich: Der AfD schaden die Proteste nicht wirklich; u.U. gehen die prognostizierten leichten Stimmenverluste auch eher auf die Gründung von zwei Konkurrenzparteien - Wagenknecht und Maaßen - zurück. Es wird inzwischen die Frage gestellt: Was passiert eigentlich, falls diese Partei Regierungsverantwortung übernimmt? In einem Landkreis, einem Bundesland, oder irgendwann vielleicht sogar im Bund?

In der Januarsitzung des BSV-Vorstands begannen wir, über diese Frage zu diskutieren. Daraus wurde dann schnell der Plan, Ideen und Vorschläge zu sammeln, zusammenzustellen und Interessierten zugänglich zu machen. Im Februar traf sich dann zweimal online eine Gruppe aus Interessierten aus BSV, IFGK und der Kampagne Wehrhaft ohne Waffen. Dort diskutierten wir mögliche Ansätze und Jochen Neumann stellte die Arbeit gegen Rechtsextremismus in seiner Region, dem Wendland, vor.

Parallele Recherchen führten zur Fertigstellung eines vierseitigen Infopapiers, das auf unserer Website zu finden ist und von dort bestellt werden kann: <https://soziale-verteidigung.de/shop/demonstrieren-dann>

Der erste Gedanke ist natürlich immer der Dialog mit den Wähler*innen, die von der AfD angesprochen werden. Wir finden dabei wichtig – wie auch in dem Leserbrief von Burkhard Rexmann ausgedrückt – dass eine Unterscheidung getroffen wird zwischen den Menschen und ihren Meinungen. An dem Punkt sind wir uns mit ihm völlig einig. Also nicht: „Kein Platz für Nazis“, sondern: „Kein



© C. Werner

Autorin:
CHRISTINE SCHWEITZER
ist Geschäftsführerin
des BSV.



Foto links: Vielfalt statt Hetze. Demo am Reichstag am 21.2.24.
© Stefan Müller, CC BY-NC 2.0 DEED



Foto rechts: Demo in Hamburg 2016.
© Rasande Tyskar, CC BY-NC 2.0 DEED

Platz für Islamophobie oder Antisemitismus“, „kein Platz für Nationalismus und Militarismus“, „kein Platz für Demokratiefeindlichkeit“.

Wenn man sich vorstellt, dass eine Landesregierung von der AfD gestellt wird (allein oder in einer Koalition): Was passiert dann? Wo fängt die Pflicht zum Widerstand an, wie es im Grundgesetz (Artikel 20/4) so schön heißt? Wie haben sich Menschen in anderen Ländern gegen menschenrechtsverletzende und undemokratische Maßnahmen zur Wehr gesetzt? Wir haben mal nachgelesen: Manchmal wählten sie den Weg über die obersten Gerichte oder, wenn das nicht half, den Europäischen Gerichtshof. Manchmal mobilisierten sich so viele Menschen, dass die entsprechende Partei schließlich abgewählt wurde. Manchmal wurde Ziviler Ungehorsam geleistet – Beispiel sind die „Sanctuary Cities“ in den USA, die sich weigerten, Trumps Anordnung zur Festnahme und Abschiebung von Menschen ohne gültige Aufenthaltspapiere umzusetzen. In vielen Fällen haben zivilgesellschaftliche Gruppen sich organisiert, um diejenigen zu schützen, die potenzielle Opfer von gewaltsamen Übergriffen zu werden drohen. Und auch die Selbstorganisation, um die eigenen Institutionen (z.B. Weiterarbeiten von Menschenrechtsorganisationen trotz Drucks der Regierung) aufrechtzuerhalten, gehört zum Spektrum der Aktivitäten.

Auch die Europawahl im Juni ist ein wichtiger Meilenstein. In etlichen europäischen Ländern sind rechts (oder links-)populistische Regierungen schon an der Macht oder zumindest in einem Umfragehoch. Es ist zu befürchten, dass die beiden Fraktionen, in der die entsprechenden europäischen Parteien sich zusammengeschlossen haben, deutlich gestärkt werden. Derzeit stellen sie 139 der 705 Europaabgeordneten und können damit nicht viel beeinflussen, aber nach der Wahl könnten sie, einigen Berechnungen zufolge, zur viert- oder sogar drittstärksten Kraft im EU-Parlament werden.

Entscheidend ist, sich zusammenzuschließen. Das passiert an vielen Orten. Lokale Bündnisse „gegen Rechts“ (wobei „rechts“ für rechtsextrem steht, nicht für irgendwelche bürgerlichen Parteien) schießen aus dem Boden. Viele von ihnen fokussieren sich derzeit darauf, Demos zu organisieren. Aber das allein wird nicht ausreichen. Es braucht auch das direkte Ansprechen von Menschen – entweder öffentlich auf der Straße oder auch im privaten Umfeld. Das braucht natürlich etwas Zivilcourage. Argumentationstrainings, wie sie viele Organisationen heute anbieten, können helfen. Sie können auch, wie in unserem Online-Treffen geraten wurde, ein erster Schritt sein, eine neue Gruppe bei sich vor Ort zu gründen.



Rundbrief und Briefe lieber online?

Unser Rundbrief wird kostenlos an unseren Gesamt-Adressverteiler versandt. Wer ihn lieber als PDF beziehen möchte, teile uns das doch per Email an info@soziale-verteidigung.de mit. Und natürlich auch, wer ihn nicht mehr erhalten will. Es besteht ebenfalls das Angebot, unsere Briefe per Email zu bekommen. Auch hier können wir die Zusendung von Papier auf Email umstellen.